

# AMNESTY INTERNATIONAL

## PRESSEMITTEILUNG

### Manus: Australien überlässt Flüchtlinge ihrem Schicksal

- Die neuen Einrichtungen sind nicht angemessen und können die grundlegende Versorgung der Flüchtlinge nicht gewährleisten
- Flüchtlinge leben nach eigenen Angaben in ständiger Angst vor Gewalt
- Australien muss die grausame Vernachlässigung von Flüchtlingen beenden

Die australische Regierung hat in Papua-Neuguinea Hunderte Flüchtlinge und Asylsuchende einer Lage ausgesetzt, die mehr an Bestrafung als an Schutz grenzt. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in dem neuen Bericht *Punishment not protection: Australia's treatment of refugees and asylum seekers in Papua New Guinea*.

Der Bericht zeigt auf, dass Flüchtlinge auf der Insel Manus seit der Zwangsräumung eines Transitcenters im November 2017 in neuere Einrichtungen gebracht worden sind, die jedoch unzulänglich sind und in denen die Flüchtlinge ständig gewaltsame Übergriffe durch die örtliche Bevölkerung befürchten müssen.

„Die Verlegung von Flüchtlingen und Asylsuchenden von einem schlimmen Ort an einen anderen schlimmen Ort ist keine Lösung, sondern erzeugt nur noch mehr Leidensdruck. Die neuen Einrichtungen auf der Insel Manus sind nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern können auch die grundlegende Versorgung der Flüchtlinge nicht gewährleisten“, so Kate Schuetze, Expertin für die Pazifikregion bei Amnesty International.

„Statt ständig neue und kreative Wege zu suchen, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen und gegen das Völkerrecht zu verstoßen, sollte die australische Regierung nun endlich diese grausame Politik der Vernachlässigung einstellen. Die Regierung muss ihren internationalen Verpflichtungen gerecht werden und die Sicherheit der Flüchtlinge gewährleisten, und zwar indem sie diese Menschen nach Australien bringt und ihnen den Schutz bietet, den sie benötigen und verdienen.“

#### **Aus einem unsicheren Lager in das nächste**

Am 31. Oktober 2017 stoppte die australische Regierung für die älteste Flüchtlingseinrichtung auf der Insel Manus alle grundlegenden Versorgungsleistungen und zog auch ihr Personal von dort ab. Die Einrichtung ist Teil des australischen Verfahrens zur Abfertigung von Asylsuchenden außerhalb der Landesgrenzen, welches gegen das Völkerrecht verstößt. Seit 2013 wurden Hunderte Menschen dorthin geschickt. Als die Bewohner der Flüchtlingseinrichtung sich friedlich der Räumung widersetzen, wurden sie Ende November 2017 von der Polizei gewaltsam von dort vertrieben und in drei neuere

Einrichtungen gebracht.

Im Zuge ihrer Recherchen hat Amnesty International mit 55 Flüchtlingen und Asylsuchenden gesprochen. Diese Gespräche machen deutlich, dass die neuen Einrichtungen mangelhaft sind und bei Weitem keine Lösung für die Probleme bieten, die mit dem australischen Offshore-Verfahren zur Abfertigung von Asylsuchenden einhergehen.

In den vergangenen Jahren sind auf Manus einige Flüchtlinge von Ortsansässigen gewaltsam angegriffen worden; strafrechtliche Konsequenzen hatten diese Vorfälle aber nicht. Die neueren Einrichtungen bieten den Flüchtlingen noch weniger Schutz als ihre alte Einrichtung: Sie liegen nicht nur näher an der Stadt Lorengau, sondern verfügen auch über keinerlei grundlegende Sicherheitsvorkehrungen wie z. B. Zäune.

Viele Flüchtlinge berichteten Amnesty International, dass sie sich nie aus den Einrichtungen hinauswagten, weil sie Angst vor gewaltsamen Übergriffen und Raubüberfällen durch Ortsansässige haben. Die Polizei versäumt es durchweg, derlei Angriffe zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies hat das Vertrauen in die Behörden erschüttert und für ein Klima der Straflosigkeit gesorgt.

Der 42-jährige Joinul Islam aus Bangladesch sagte: „Ich gehe nie nach Lorengau, weil Lorengau ein sehr gefährlicher Ort ist. Vor drei Monaten war ich in Lorengau und jemand hat mich [am Arm] mit dem Messer verletzt. Sie haben mein Mobiltelefon und mein Geld gestohlen. Es ist ein sehr gefährlicher Ort... Ich gehe nicht gerne nach Lorengau.“

Die Flüchtlinge befinden sich in einer feindseligen Umgebung: Der Landbesitzer hat wiederholt Straßensperren errichtet, es gibt Streitigkeiten zwischen Dienstleistungsfirmen, und lokale Anwohner\_innen protestieren gegen die Flüchtlingseinrichtungen.

In den vergangenen Wochen ist die Lage aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Sicherheitsfirmen noch unsicherer geworden. Dabei sollen Sicherheitsbedienstete einer Firma aus Manus die Sicherheitsleute einer anderen Firma, die von der australischen Regierung beauftragt wurde, aus einigen der Einrichtungen vertrieben haben. In der Folge herrschte Verwirrung darüber, wer denn nun für die Sicherheit der Flüchtlinge zuständig sei.

„Geflüchtete Menschen haben uns berichtet, dass sie sowohl auf Manus als auch in Port Moresby angegriffen und ausgeraubt wurden. Die Polizei jedoch weigert sich selbst in den schwersten Fällen, etwas zu unternehmen. All dies bedeutet, dass Papua-Neuguinea für die von Australien dorthin geschickten Flüchtlinge weder ein sicherer noch langfristig tragfähiger Aufenthaltsort ist“, so Kate Schuetze.

Am 21. Januar 2018 bemerkte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR): „Obwohl keine offizielle Ausgangssperre herrscht, hat die örtliche Polizei alle Flüchtlinge und Asylsuchenden angewiesen, spätestens bis 18.00 Uhr wieder in ihre Einrichtungen zurückzukehren, um Sicherheitsrisiken nicht zu verschärfen.“

## **Kein Ausweg**

Das seelische Trauma langanhaltender Inhaftierung macht sich bei den Flüchtlingen deutlich bemerkbar: 88 % von ihnen leiden an Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen. Nichtsdestotrotz hängt die ärztliche Versorgung der neuen Einrichtungen von nur einer kleinen Klinik und einem öffentlichen Krankenhaus ab, was zur Deckung des Bedarfs bei Weitem nicht ausreicht.

Die Flüchtlinge sind zudem stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die meisten von ihnen können ihre jeweiligen Einrichtungen auf Manus oder in Port Moresby nicht verlassen. Sie erhalten nur ein kleines Taschengeld, das nicht ausreicht, um genügend Nahrungsmittel, Medikamente und andere Notwendigkeiten zu kaufen.

Die Behörden von Papua-Neuguinea gewähren geflüchteten Menschen weder einen regulären Aufenthaltsstatus noch Reise- bzw. Ausweispapiere oder die Möglichkeit auf eine langfristige Arbeitsstelle, was für eine nachhaltige Integration jedoch wichtig wäre. Es ist für Flüchtlinge beinahe unmöglich, sich dauerhaft in Papua-Neuguinea niederzulassen, da das Verdienen des Lebensunterhalts sowie die permanente Furcht vor Gewalt große Hindernisse darstellen.

## **Für echte Lösungen sorgen**

Auch fünf Jahre später hat die australische Regierung den Flüchtlingen, die gegen ihren Willen nach Papua-Neuguinea überstellt wurden, keine tragfähigen Möglichkeiten angeboten. Ihnen bleibt in der Praxis nur die Wahl zwischen der Rückkehr in ihr Herkunftsland oder der Umzug in ein ähnlich gewaltsames Umfeld auf Nauru.

Einige wenige – etwa 83 Personen – hatten bisher das Glück, für die Neuansiedlung in den USA ausgewählt worden zu sein. Hierbei handelt es sich jedoch um eine Art „Lotterieverfahren“, das willkürlich ist, sich lange hinzieht und an dem nicht jeder teilnehmen kann.

„Die australische Regierung muss die grausame Politik der Abfertigung außerhalb der Landesgrenzen umgehend einstellen und allen Flüchtlingen und Asylsuchenden die Einreise nach Australien oder in einen anderen sicheren Drittstaat erlauben“, so Kate Schuetze.

„Kurzfristig müssen die Behörden in Papua-Neuguinea und Australien alles in ihrer Macht Stehende tun, um für die Sicherheit und den Schutz der Geflüchteten zu sorgen. Die Grundversorgung dieser Menschen sowie ihre Sicherheit muss gewährleistet sein.“